

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

58 (30.7.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Organ der KP

2. Jahr Nr. 58

F L B S

Mittwoch, 30. Juli 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Die Reaktion geht auf's Ganze

Direktionen des Wirtschaftsrats ohne Arbeiterparteien

Frankfurt. Der neugebildete Wirtschaftsrat erreichte in seiner vierten Sitzung, auf der als einziger Tagesordnungspunkt die Besetzung der Direktorenposten in den neuen Hauptverwaltungen stand, seinen bisherigen Höhepunkt. Diese Sitzung brachte die offizielle Erklärung des Fraktionsführers der SPD, Erwin Schöttle, daß seine Partei in Opposition gehe. Ebenso erklärte der KPD-Abgeordnete Ficker zum Ausgang der Wahl, seine Partei müsse jede Verantwortung für die Politik des Wirtschaftsrates ablehnen.

In den vorausgegangenen Sitzungen war zunächst der vom Präsidenten des Exekutiv Ausschusses, Metzger (SPD), gemachte Wahlvorschlag für die Direktoren, der drei CDU- und zwei SPD-Mitglieder enthielt, abgelehnt worden. Die Rechtsparteien waren vor allem gegen die Wahl eines Sozialdemokraten zum Direktor der Hauptverwaltung für Wirtschaft und verlangten Auswahl-Kandidaten. Nach langen Debatten war der Antrag des Exekutiv Ausschusses endlich mit 27 Stimmen der CDU, FDP, NLP und WAV gegen 22 Stimmen der SPD, KPD und des Zentrums abgelehnt worden. Der Exekutivrat sollte in kürzester Frist neue Vorschläge zur Auswahl vorlegen. Im Verlauf dieser ersten Sitzung schon stießen Rechts- und Linksparteien wiederholt scharf aufeinander. Der Abgeordnete Ficker (KPD) betonte, die KPD könne nicht in den Verdacht kommen, mit den Direktorenposten Kompensationsgeschäfte zu betreiben. Sie sei dafür, daß nur Männer gewählt würden, die das Vertrauen der Werktätigen genießen. Ihrer Ansicht nach sollte in geheimer Abstimmung über jeden Kandidaten einzeln entschieden werden.

Der Abgeordnete Becker (KPD) gab zu der vorausgegangenen Abstimmung über das „Ueberleitungsgesetz“, das den vorläufigen Aufbau der Wirtschaftsverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes der Bi-Zone umgrenzt und das allein von der KPD abgelehnt worden war, folgende Erklärung ab: „Mit diesem Gesetz will dieses Haus beschließen, daß in der Zukunft die Wirtschaft beider Zonen unter eine gemeinsame Verwaltung gestellt wird und somit in einem Teil Deutschlands eine gemeinsame Regierung entsteht, die in der Zukunft über das Wohl und Wehe von 40 Millionen Deutschen entscheiden soll. Ich sehe im Zusammenschluß der beiden Zonen keinen Ausweg aus dem Wirtschaftschaos in dem wir uns befinden. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß die deutschen Parteien alle Anstrengungen machen müßten, um durch die Bildung deutscher Zentralverwaltungen für ganz Deutschland die Voraussetzungen dafür zu schaffen, das gestörte Wirtschaftsleben wieder zusammenzuführen und zu neuem Leben zu erwecken.“

In der Abendsitzung am Donnerstagabend wurde auch der zweite Vorschlag des Exekutiv Ausschusses, der jeweils für einen Direktorenposten zwei Vertreter der gleichen Partei zur Auswahl vorsch, von der Rechtsmehrheit abgelehnt. Der Exekutiv Ausschuss wurde zu einem dritten Vorschlag gezwungen, der nur Vertreter der CDU enthielt. Die einzelnen Direktoren erhielten eine Mehrheit von 27 bzw. 26 Stimmen. Unter ihnen befindet sich u. a. als Direktor des Verwaltungsamtes der Ernährung Schlange-Schö-

nigen! Der Vorsitzende des Exekutivrates erklärte, man müsse diesen letzten Vorschlag als „Kinder der Not“ ansehen. Sie seien gemacht worden, damit die Arbeit nicht unterbrochen werde. Die SPD hatte nach Ablehnung des ersten und zweiten Vorschläges ihre Kandidaten selbst zurückgezogen. Ficker (KPD) gab unter anderem folgende Erklärung ab: „Die kommunistische Fraktion erblickt in dieser Wahl und der damit erreichten Ausschaltung von 50 Prozent der Wähler, und zwar aus den Reihen der werktätigen Bevölkerung, keine Möglichkeit zu durchgreifenden Maßnahmen zur Überwindung der Not des kommenden Winters und zur Einleitung einer Reform der zusammengebrochenen deut-

lichen Wirtschaft und des politischen Wiederaufbaues. Die Kommunistische Partei lehnt die Verantwortung für diese Politik ab.“ Schöttle (SPD) betonte dann, nach der Wahl, die SPD sei stets zur Zusammenarbeit bereit gewesen. Es habe sich aber eine klare Rechtsmehrheit ergeben, die mit allen Mitteln ihren Willen durchsetzen wollte. Die SPD nehme das zur Kenntnis und ziehe auch ihre Kandidaten für die Finanzverwaltung zurück. Sie werde weiter im Wirtschaftsrat mitarbeiten, aber ihre Arbeit werde einen anderen Charakter tragen. Sie gehe nun in die praktische, positive Opposition.

(Siehe auch 2. Seite)

Sauberkeit und Anstand im politischen Kampf

Die BCSV gibt die Unwahrheit der vor den Landtagswahlen in der Südwestdeutschen Volkszeitung abgedruckten und während des Wahlkampfes verbreiteten Verleumdung gegen den Genossen Eckert und die KP zu

Unsere Leser erinnern sich, daß Genosse Eckert am 7. Mai 1947, 10 Tage also vor den Landtagswahlen, bei der Generalstaatsanwaltschaft Strafantrag wegen Verleumdung und übler Nachrede gegen den anonymen Verfasser des Artikels, „Politische Säuberung und Wahlkampf“, der am gleichen Tag in der Südwestdeutschen Volkszeitung erschienen war, gestellt hat. Trotz der von der Staatsanwaltschaft sofort und umfassend durchgeführten Untersuchungen, die sich bis zum 21. Juni hinzogen, ließ sich der verantwortliche Verfasser des Artikels nicht feststellen, der angeblich „auf Grund von Zuschriften Betroffener“ seine Zweckklagen zur Wahlbeeinflussung gestartet hatte. Dadurch ist erwiesen, daß die Behauptungen gegen den Genossen Eckert und die Kommunistische Partei in allen Einzelheiten unwahr sind und, weil sie mit der Absicht zu schä-

den verbreitet wurden, als bewußte Lügen bezeichnet werden müssen.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die BCSV, in deren Reihen der Verfasser zu suchen ist, durch ihren Vorstand die Tatsache der Unwahrheit den verbreiteten Behauptungen zugegeben und ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen hat. Die BCSV hat damit von sich aus, ohne Rücksicht auf ihr Prestige, einen Beitrag zur Entgiftung des politischen Lebens in unserem Lande geleistet, der allerdings bedeutend wirkungsvoller gewesen wäre, wenn die in dem Artikel ausgesprochenen Diffamierungen eines politischen Gegners noch vor dem 18. Mai, dem Termin der Landtagswahlen, bedauert und zurückgenommen worden wären. Der Wortlaut der Erklärung der BCSV ist folgender:

„In einem Artikel der Südwestdeutschen Volkszeitung v. 7. Mai 1947 Nr. 36 über „Politische Säuberung und Wahlkampf“ wurde behauptet, daß sich die Amtsstelle für die politische Säuberung unter der Leitung des damaligen Staatsrats Eckert zu einer Werbestelle für die KP entwickelt habe, in der den durch die Säuberung Betroffenen statt Trost und Hilfe in ihren Nöten nicht selten ein Aufnahmeformular für die KP in die Hand gedrückt worden sei. Ähnliche Dinge hätten sich während dieser Aera und noch später auch im Land draußen zugetragen.“

Der verantwortliche Verfasser des Artikels ist nicht festzustellen. Die durchgeführten Untersuchungen haben keinerlei Grundlage für die Richtigkeit der Behauptungen ergeben. Die Badische christlich-sozialen Volkspartei muß daher lebhaft die Veröffentlichung der oben angeführten Behauptungen bedauern, die leider in der Hitze des Wahlkampfes unterlaufen ist.“

Der Landesvorstand der Badischen christlich-sozialen Volkspartei gez. Wohleb

Möge dieser eindeutig geklärte Fall einer bewußten Denunziation dazu beitragen, daß Anstand und Sauberkeit im politischen Kampf zur Selbstverständlichkeit werden, gerade in einer Zeit, in der alle politischen Energien eingesetzt werden müssen zur Überwindung der gemeinsamen Not. Der Kampf, um den richtigen Weg zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neuordnung unseres Volkes darf nicht erniedrigt werden zu Parteigezänk, oder gar zu einem System politischer Hetze und Verleumdungsmethodik.

dies in Rheinland-Pfalz geschehen ist, eine Vereinbarung zwischen allen Parteien zu treffen, durch die jede Unsachlichkeit in öffentlichen Kundgebungen, Presse und Rundfunk und jede persönliche Verunglimpfung des politischen Gegners ausgeschaltet wird. Die neue Demokratie kann nicht auf dem Sumpf und dem Schmutz von Denunziation, Verdächtigungen, Verleumdungen und Gehässigkeiten aufgebaut werden, sondern nur mit den Mitteln der Sauberkeit und des Anstands auch im politischen Kampf.

Kommunistische Partei Land Baden
Der Landesvorstand

Ruhrfrage und deutsches Industriepotential

Vor den Besprechungen zur deutschen Frage

Washington. (Südena-AFP) Die bevorstehenden englisch-amerikanischen Besprechungen über die Ruhrfrage und der französisch-englische Meinungsaustausch über das Produktionsniveau der deutschen Industrie werden zur Zeit in Washington eingehend geprüft. Hinsichtlich der Besprechungen amerikanischer und englischer Sachverständiger, die in der kommenden Woche in Washington beginnen werden, betonen amerikanische Beobachter den Wunsch der Vereinigten Staaten, die Verhandlungen auf die Kohlenfrage zu beschränken, d. h. sie sollen sich auf rein technischem Gebiet abspielen, ohne daß die politischen Punkte des Problems erwähnt werden, wie z. B. das zukünftige Statut des Ruhrgebiets. Es soll also nach Ansicht der diplomatischen Kreise sich um eine Konferenz rein praktischer und verwaltungsmäßiger Art handeln, die einen Plan zur Sicherstellung höchster Förderergebnisse in der englisch-amerikanischen Zone aufstellen und die Mittel untersuchen soll, die zu einer Erhöhung der Produktion des Ruhrbeckens beitragen können. Frankreich sollen bereits gewisse Zusicherungen in diesem Sinne gemacht worden sein. Die

Durchführungsbestimmungen für die geplanten Dreierbesprechungen sind noch nicht festgelegt. Alles deutet darauf hin, daß die amerikanische Regierung baldmöglichst zu einem Abkommen gelangen will, das die Durchführung des Marshall-Plans erleichtern soll.

Paris. Der Quai d'Orsay dementiert in aller Form die Meldung einer amerikanischen Nachrichtenagentur in Berlin über einen sogenannten „Plan Bidault“ und die darin angeblich enthaltenen Bedingungen Frankreichs für einen eventuellen Anschluß der französischen Zone der anglo-amerikanischen Besatzungszone in Deutschland. Die Haltung Frankreichs hat sich in dieser Frage nicht geändert. Wenn Frankreich sich auch zu einer Aussprache über das Ruhr-Problem und die von den Engländern und Amerikanern in ihrer Doppelzone projektierte Erhöhung des Industrienniveaus bereit erklärt hat, zwei Fragen, die Frankreichs nächst interessieren, so will das keineswegs besagen, daß die französische Regierung hier sozusagen auf Kosten und hinter dem Rücken Rußlands eine Dreier-Lösung anstrebt.

Parteitag am 16. u. 17. August in Lörrach

Nachdem wegen Ausbruchs spinaler Kinderlähmung in Offenburg die Abhaltung des 2. Landesparteitages nicht genehmigt wurde, ist dieser nunmehr auf Samstag, 16. und Sonntag, 17. August, in Lörrach festgelegt worden.

Die Parteio rganisation des Landkreises Lörrach, als die in Baden bestorganierte, hat nunmehr die Ehre, unseren diesjährigen Parteitag in der südwestlichsten Ecke unserer deutschen Heimat zu beherbergen.

Kommunistische Partei, Land Baden
Der Landesvorstand

Blödsinnige Fragen

W. K. G. Gelegentlich der Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz hatte ein Ministerialrat der Bayrischen Staatskanzlei einem Journalisten gesagt, es sei völlig zwecklos, noch von einer Einheit Deutschlands zu sprechen, in längstens sechs Monaten werde der westdeutsche Staat gebildet sein. Ein Widerstand gegen diese Absicht der Anglo-Amerikaner könnte nur die völlige Sperre aller Lebensmittellieferungen und damit den Hungertod von Millionen deutscher Menschen zur Folge haben.

Der Journalist antwortete, es sei ausgeschlossen, daß die amerikanische und englische Regierung eine solche Politik der Aushungerung jemals betreiben würde. Das widerspräche ihren Auffassungen von Menschlichkeit und würde niemals von ihren Völkern gebilligt werden. Man könne den Deutschen das Recht nicht bestreiten, ihre eigene Auffassung zu der Frage einer Aufteilung Deutschlands öffentlich zu vertreten und es sei Feigheit, es aus Angst vor einer Aushungerung nicht zu tun.

Diese Unterhaltung und manche andere Beobachtungen auf der Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz waren dem Journalisten Anlaß, etwa 200 deutschen Politikern aller Parteien in Regierungskreisen und Parlamenten einige Fragen vorzulegen, deren wichtigste waren: Werden Sie sich für eine vorherige Volksbefragung einsetzen, werden Sie gegen die Aufteilung Deutschlands sprechen, und ist nach Ihrer Meinung ein westdeutscher Staat überhaupt lebensfähig?

Die Antworten kamen zahlreich von links, nach rechts hin wurden sie immer magerer, die rechte CDU versagte sich völlig. Die Antworten der Kommunisten waren einhellig, sie treten mit allen Mitteln und Kräften für die politische Einheit Deutschlands ein. Eine Anzahl führender Sozialdemokraten nimmt die gleiche Haltung ein, darunter der schleswig-holsteinische Minister Arp, der hessische Minister Binder, der Generalsekretär des Landerrates Erich Robmann, der Offenbacher Bürgermeister Bülger.

Einige andere wissen schon genau, wer schuld ist, wenn die politische Einheit nicht zustande kommt, die Sowjet-Union, natürlich. Es ist keiner unter den Antwortenden, der klipp und klar gesagt hat: Ich bin für einen westdeutschen Staat. Aber — von rechts her hat noch keiner geantwortet. Warum soll man sich von einem Journalisten darauf festlegen lassen, bei einer Volksabstimmung für die politische Einheit Deutschlands zu sprechen? Der Mann versteht wohl nichts von Politik und weiß nicht, daß im politischen Leben unvorhergesehene Gründe eintreten können, die zwingen, gegen die bessere Einsicht und das ideale Ziel, einfach weil die äußeren Umstände nun mal da sind und die Not des Volkes, oder um Schlimmeres zu verhüten, beispielsweise den Separatismus zu verhindern usw. usw., kurz und gut, man will sich die Möglichkeit nicht verbauen, doch für die Teilung und damit Auslöschung Deutschlands zu reden und zu stimmen, wenn es so weit ist.

Jedoch, der betreffende Journalist kennt gerade diese Politik. Er war nicht ohne Nutzen 10 Jahre lang Zentrums-Chefredakteur und Parteisekretär und bis zu ihrer Auflösung Mitglied der Zentrumsparlei. Er kann sich z. B. noch sehr genau der Haltung Dr. Adenauers und seiner Kreise erinnern, als die rheinischen Separatisten drauf und dran waren, einen autonomen Rheinstaat zu gründen und die Freien Gewerkschaften zusammen mit christlichen Arbeitern diese Pläne zerschlugen. Man wollte mit dabei sein, wenn es gelingt und es nicht gewesen sein, wenn es schief geht. Und als es schief gegangen war, wandte man sich entrüstet von denen ab, die sich öffentlich exponiert hatten.

Wir sagten schon, alle Kommunisten, zahlreiche Sozialdemokraten und einige Politiker der linken CDU (Berlin) haben sich positiv in ihren Antworten zur politischen Einheit bekannt, aber einer unter den Sozialdemokraten, der hessische Staatssekretär Dr. Brill, hat diese ganze Fragerei sehr übel genommen. „Blödsinnige Fragen“ seien das und eine beweislose agitatorische Behauptung zudem. Beweislos — weil es keine Politiker gäbe, die eine Aufteilung Deutschlands erstreben oder politisch vorsichtiger ausgedrückt, für „unvermeidbar“ und deshalb als feststehend betrachteten? Er hat Pech gehabt, der Herr Staatssekretär, denn wenige Tage darauf griffen die Kommunisten seinen engsten Mitarbeiter und Pressechef gerade wegen dieser Haltung an und ein paar Tage später verkündete Erik Reger im „Tagesspiegel“ die Forderung „Bildung eines westdeutschen Bundesstaates als Musterland“. Erik Reger hat sich für seine Leitartikel, die zuletzt in dieser Forderung gipfelten, ein spaltenlanges Lob in der „Neuen Zeitung“ zugezogen, er wurde geradezu zum „Präceptor Germaniae“ für alle Leitartikelernannt. Er hat einen bestechend schönen Stil, eine bestechende Logik und noch bestechendere Ansichten. Wegen dieser Ansichten

Spielball des Monopolkapitals

Frankfurt (Südena-AFP). Der Leiter des Entkartellierungsbüros der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, James Martin, gab bekannt, daß er aus Protest gegen die Methoden, deren sich amerikanische Industrie-Gruppen, wie z. B. die Standard Oil, General Electric und General Motors bedienen, um Monopolstellungen in Deutschland zu erlangen, zurückgetreten sei. Martin fügte hinzu: „Die amerikanischen Industriellen bedienen sich Deutschlands wie eines Spielballes, um die amerikanische Regierung in eine Lage zu bringen, die sie dazu zwingt, energisch gegen den Kommunismus Stellung zu nehmen, um auf diese Weise die Kontrolle über die deutschen Monopole zu erhalten“. Er ist der Ansicht, daß man Deutschland nur den Wiederaufbau der zu seiner eigenen Existenz und zu der der Nachbarländer wichtigsten Industrie gestatten dürfe, damit Deutschland seinen eigenen Bedürfnissen gerecht werden und Europa helfen könne.

Zum Schutz der Demokratie

Weimar (Dena). Der thüringische Landtag hat einen Antrag der drei Parteien des antifaschistischen Blocks für ein Gesetz zum Schutz der Demokratie angenommen. Durch das Gesetz werden die demokratischen Einrichtungen und die leitenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vor Angriffen geschützt.

möchten wir ihn nicht loben, wir halten sie für falsch und verderblich und möchten deshalb lieber fortfahren, die „blödsinnige“ Frage an jeden Deutschen zu richten: „Freund, wie hältst Du es mit der Einheit?“

Nachklänge zur Direktorenwahl (Vergleiche auch Seite 1)

Offenbach (Dena). Willi Knothe, Vorsitzender der SPD Hessen, erklärte am Samstag vor rund 500 Spruchkammermitgliedern in Anwesenheit des hessischen Befreiungsministers Binder: „Ich sage heute zum erstenmal, daß die gegenwärtige Situation der Neubeginn des Klassenkampfes der sozialdemokratischen Massen ist.“ Die eingegangene „Zwangsehe mit den bürgerlichen Kreisen in Hessen“, so fuhr Knothe fort, sei jetzt zu lösen. Die letzten Verhandlungen des Wirtschaftsrates hätten bewiesen, daß das „Besitzbürgertum“ in letzter Zeit erstarbt sei. Die neugewählten Direktoren des Wirtschaftsrates bezeichnete Knothe als „Männer der Harzburger Front“.

Hannover (Südena). „Die CDU hat den Versuch gemacht, die totale Macht für die gesamte Wirtschaft in Westdeutschland an sich zu reißen“, heißt es in einer Erklärung Dr. Schumachers zu dieser Direktorenbesetzung im SPD-Pressedienst. Das Verwaltungsamt für Wirtschaft sei die einzige bizonale Position gewesen, welche die Sozialdemokratie bisher innegehabt hätte, deshalb habe sie auf diese nicht verzichtet. Die CDU-CSU habe mit dieser Frankfurter Entscheidung den Sozialismus — ja die soziale Linie — aufgegeben. Sie stehe eindeutig als reine Unternehmerpartei da.

Die Münchener Entschleifungen

München. Wie „Telegraf“ jetzt meldet, hat der bayerische Ministerpräsident Ehard über die amerikanische Militärregierung in München die Entschleifungen der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz in vier Sprachen dem Alliierten Kontrollrat in Berlin übermitteln lassen.

La Passionaria für Volksfront

Toulouse (Südena-AFP). Bei einem von der spanischen kommunistischen Partei veranstalteten Fest sprach Dolores Ibaruri, die Heldin des Oder glaubt er, durch sein Reden jeden Fortschritt die Wiederherstellung der Demokratie in unserer Heimat und die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse. Sie warf der Regierung Llopias vor, „der inneren Widerstandsbewegung keine wirksame Hilfe zuteil werden zu lassen“, und schloß ihre Ansprache mit dem Vorschlag, „eine nationale Volksfront zu gründen, die es der Nation ermöglichen sollte, sich durch freie Wahlen ein von ihr gewolltes Regime zu geben.“

100 Kommunisten für einen Soldaten

Nürnberg (Dena). Diese „Sühneforderung“ enthält ein Befehl der ehemaligen Wehrmacht-Kommandantur von Kreta, den der amerikanische Anklagevertreter im Prozeß gegen die 11 Südosst-Generale als Belastungsdokument vorlegte. In dem als „Richtlinie“ herausgegebenen Befehl wird erklärt, daß bei jedem Vorfall der Aufhebung gegen die deutsche Wehrmacht auf kommunistischen Ursprung geschlossen werden müsse. Beim ersten Anlaß seien unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden, um die Autorität der Besatzungsmacht durchzusetzen. Da im Südosten ein Menschenleben „ohnehin vielfach nichts gelte“, könne eine „abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden!“ — Wie sich die Hetze und die Kampfmittel gegen die Kommunisten zu allen Zeiten gleichen!

Keine Nach-UNRRA-Hilfe für Polen

Washington (Südena-AFP). Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß Polen nicht an der letzten vom Kongreß genehmigten 350 Millionen Dollar-Unterstützung nach Beendigung der UNRRA-Hilfe teilhaben wird.

Der Krieg in Indonesien

„Folgen sind unabsehbar“

London (AP). „News Chronicle“ schreibt: „Die Folgen des Krieges in Indonesien sind unabsehbar. Sie werden sich weit über die Grenzen des Inselreiches hinaus bemerkbar machen. Großbritannien hat sich in Indien, Burma und Malaya bemüht, die nationalen Bestrebungen der ostasiatischen Völker wohlwollend zu berücksichtigen. Warum konnten die Holländer nicht das gleiche tun? Im Abkommen von Cheribon war beschlossen, in keinem Falle eine Gewaltlösung anzuwenden. Die Holländer haben das britische Vermittlungsangebot, das noch heute gilt, und die Billigung Amerikas hat, abgelehnt. Ihr Vorgehen ist also in keiner Weise entschuldbar.“

New Delhi (Südena-AFP). „Indien wird Indonesien jede mögliche Hilfe gewähren“, erklärte Pandit Nehru beim Empfang des früheren indonesischen Premierministers Sharir: „Das neue Asien kann es nicht dulden, daß ein europäisches Land gegenüber einem asiatischen Volk von den Waffen Gebrauch macht, ganz gleich, um welches Volk es sich handelt. Die Organisation der Vereinten Nationen muß aufgelöst werden“, fuhr der Führer des Kongresses fort, „wenn nur ein einziges ihrer Mitglieder solche Vorkommnisse duldet oder ihnen tatenlos zusieht.“

Antwerpen. (Südena-AFP) 190 Schiffe liegen in Antwerpen infolge des Dockarbeiterstreiks fest. Mehrere dieser Schiffe haben Lebensmittel an Bord, so besonders das schwedische Schiff „Amazone“ mit einer Ladung Früchte aus Rio. Es besteht die Möglichkeit, daß dieses Schiff mit seiner Ladung nach Südamerika zurückkehrt.

Sydney (DPD Reuter). Der Exekutiv-Ausschuß der australischen Hafenarbeitergewerkschaft beschloß das Verbot für alle Ladearbeiten auf holländischen Schiffen in australischen Häfen.

„Die Stadt Göttingen, berühmt durch ihre Würste und Universität, gehört dem König von Hannover und enthält 980 Feuerstellen, diverse Kirchen, eine Entbindungsanstalt, eine Sternwarte, einen Karzer, eine Bibliothek und einen Ratskeller, wo das Bier sehr gut ist... Sie muß schon sehr lange stehen... Einige behaupten sogar, die Stadt sei zur Zeit der Völkerwanderung erbaut worden, jeder deutsche Stamm habe damals ein ungebundenes Exemplar seiner Mitglieder darin zurückgelassen und davon stammten alle die Vandalen, Friesen, Schwaben, Teutonen, Sachsen, Thüringer usw., die noch heutzutage in Göttingen hordenweise und geschieden durch Farben der Mützen und der Pfeifenzüge einherziehen...“

(Heinrich Heine in „Die Harzreise 1824“).

Wäre Heine heutzutage in der Lage, eine Harzreise zu unternehmen, würden wir ihm vorschlagen, sich einen Interzonenpaß zu besorgen und außer Göttingen, Marburg, Bonn und Mainz zu besuchen. Er würde feststellen, daß sich sein geliebtes Deutschland im geistigen Ueberbau nicht sehr verändert hat. Die Farben der Mützen und Pfeifengäste sind verschwunden. Erhalten blieb der alte Geist. Der Ungeist, der 1946 in Erlangen den Pfarrer Niemöller niederbrüllte und 1947 in Mainz zu „Vandalen und Teutonen-Szenen“ führte, die mit dem bewußten Vorsatz in's Werk gesetzt wurden, das zur Erörterung stehende Referat über „Grundsätze und Ziele der KPD“ in der Aula der Universität unmöglich zu machen.

Wir setzen voraus, daß die hohen Komilitoninnen und Komilitonen der Mainzer Universität nichts oder sehr wenig von praktisch angewandter Demokratie, nichts von dem heldenhaften, nationalrevolutionären Freiheitskampf der Studenten der Prager, Delfter und Pariser Universität wissen. Wir nehmen an, daß sie keine Kenntnis von den Leiden der 500 Prager Studenten im KZ Sachsenhausen, von den 450 Delfter Studenten im SD-Gefängnis Den-Hag, und von den Hunderten von Studenten in der Pariser Santé, hatten. Wir nehmen auch — und dies sogar als sicher — an, daß sie nichts wußten von den großen freiheldlichen Kämpfen der Studenten an den Universitäten von Peking und Kasan, an denen der junge Lenin 1887 maßgeblich beteiligt war und deshalb von der Universität Kasan relegiert wurde.

Aber trotz dieser durch den Nazismus bedingten Unkenntnis ihrer eigenen Geschichte kann und muß man von den heutigen Studenten und Studentinnen eines verlangen, und das ist menschlicher Anstand.

Die Ehre der akademischen Jugend retteten diejenigen, die sich in und nach der Versammlung klar von den „Vandalen und Teutonen“, den ehemaligen Bataillonskommandeuren und gestrigen Sturmtruppführern distanzieren und damit einen neuen Uni-Skandal verhindern. Diesen besten Teil der studentischen Jugend zu unterstützen, ihm den Weg zu neuen demokratischen Formen des Lebens zu weisen, sollte Aufgabe

aller fortschrittlichen Kräfte Deutschlands, besonders aber der leitenden Persönlichkeiten der Universität sein. Wenn man aber den Bock zum Gärtner macht, darf man sich nicht wundern, daß gerade die jungen Pflanzen zuerst gefressen werden und das Unkraut den Garten verdirbt.

Wir fragen, kann z. B. ein Herr Haake Direktor des Institutes für Publizistik an der Universität Mainz und Leiter des Pressebüros des Rektors der Universität sein, der in einer im Verlage Karl W. Hirsemann herausgegebenen Feuilletonkunde (1943-44) sagt: „In dem Buche Heine und Heines Genossen ist für Bartels der Begriff Feuilletonismus nur ein Deck- und Sammelwort für Judaisierung, Halbkonnerel, Pariserer, Anekdotenglauberei, Erotik und Eitelkeit... Er (Heine) besaß, was die Juden mit den Franzosen gemein haben, die Anmut des Lasters... die geschickte Macho, die aus niedrigen Riens noch einen wohlklingenden Satz zu bilden vermag und vor allem jenen... unfruchtbaren Esprit, der mit den Dingen spielt, ohne sie zu beherrschen...“ (Seite 34).

Herr Haake bekennt sich auch zum Führer: „Männer wie Adolf Hitler, Alfred Rosenberg, Josef Goebbels und Baldur von Schirach waren es zuerst, die ihm (dem Feuilleton) ein Kontur gaben...“ (Seite 39).

Demensprechend fordert er „Nationalsozialistische Gesinnung“ (Seite 160). Als Pressefachmann weiß er die Rolle derselben einzuschätzen und schreibt dazu auf Seite 464: „Hinter dem fanatischen Zusammenhalten des deutschen Volkes, mit dem es im Herbst 1939 in den Krieg zog... versteckt sich gewiß auch die Leistung der Presse. Das deutsche Feuilleton nach 1933, wehrhaft durch und durch, wurde kämpferisch. Es stellte sich mit seinen musischen Mitteln mitten in den Dienst der Reichspropaganda.“

Ist es ein Wunder, wenn der „Vandalen- und Teutonen-Ungeist“ wieder wach wird, wenn an der Universität keiner wagt, mit seiner Kritik offen hervorzukommen, weil keiner seinen Studienplatz verlieren möchte? Ist es ein Wunder, wenn auf diesem Boden die Studenten zu einer gehorsam parierenden Angelegenheit werden, die ohne Uniform den Triumph einer gewissen Uniformität des Geistes darstellt. Eines Geistes, der schädlich, unfruchtbar, negativ und undemokratisch ist?

Lord Pakenham, der bei seinem Besuch in Mainz großes Interesse für die Universität zeigte, erklärte: „Dies ist die schönste Universität Europas... Eine erfreuliche Erscheinung, die gewachsen ist aus der Asche des letzten Krieges.“ Es scheint aber noch ein weiter Weg von der „schönsten Universität Europas“ zum schönsten Geist, zum Humanismus, zu sein. Bislang fallen der Bevölkerung von Mainz noch allzusehr die kränkelnden Kriegsgräben und weniger die schlichten Friedensteine auf, die aus der Asche deutscher Trümmer, demokratisches Land, Freiheit und Fortschritt künden sollen.

Um Griechenlands Freiheit

Paris (Südena-AFP). Am Sitz des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes fand am Freitag eine Versammlung statt, auf der die Bildung eines „Französischen Ausschusses zur Verteidigung der Freiheiten des griechischen Volkes“ beschlossen wurde. Als erste Mitglieder traten die „Lige der Menschenrechte“, die kommunistische Partei, die sozialistische Partei und der Allgemeine Gewerkschaftsverband dem Ausschuß bei.

Lake Success. Eine neue Sitzung des Welt-sicherheitsrates über die Frage der Balkan-Untersuchungskommission verlagte sich ergebnislos. Nachdem der australische Delegierte die Sowjet-Union, Albanien, Bulgarien und Jugoslawien beschuldigt hatte, eine Entscheidung des Sicherheitsrates hintertreiben zu wollen, bezeichnete der sowjetische Delegierte Gromyko den amerikanischen Plan zur Einsetzung einer Grenzüberwachungskommission als Verletzung der Charta der UNO.

Athen (AP). Der Generalgouverneur von Nordgriechenland gab bekannt, daß infolge der zunehmenden Stärke der Freiheitsverbände 110 000 Flüchtlinge aus nordgriechischen Ortschaften geflüchtet seien, von denen sich allein 15 000 in Saloniki niedergelassen hätten. Der Generalstaatsanwalt hat Verhaftungsbefehle gegen die kommunistischen Führer Zacharaides und Porphyroeniss erlassen. Porphyroeniss hat kürzlich auf dem kommunistischen Kongreß in Straßburg die Bildung einer freien griechischen Regierung befürwortet.

Deutschland-Rundschau

DIE LANDTAGSWAHLEN IM SAARGEBIET, die ersten in der Geschichte des Saarlandes, finden am 3. Oktober statt.

175 TEXTILPUNKTE FÜR HEIMKEHRENDE KRIEGSGEFANGENE gibt die Kammer für Textil- und Lederwaren für die Heimkehrer aus. Für 100 Punkte kann man einen Anzug erwerben.

DIE EHEMALIGE PRÄSIDIALKANZLEI erhalten die Berliner Studenten im Auftrag der Sowjet-Militär-Administration als Studentenhäuser.

DIE 40-STUNDENWOCHE haben weitere bayerische Betriebe darunter das Eisenwerk Ansbach in Hammerau eingeführt. Die Löhne werden davon nicht berührt.

ETWA 10 000 PERSONALVERZEICHNISSE ehemaliger SS-Einheiten wurden in den Kellerräumen der Berufsschule Oehringen (Kreis Erlangen) aufgefunden.

DER STADT DESSAU ÜBEREIGNET wurden nach Beendigung der Demontage das Gelände des ehemaligen Junkers-Flugzeugwerkes sowie die darauf befindlichen Gebäude.

DER OPEL „OLYMPIA“ wird in einer Serie von 1500 Stück in Rüsselsheim wieder hergestellt. Zwei Drittel davon sollen der deutschen Wirtschaft verbleiben.

EIN NEUES BRAUNKOHLENVORKOMMEN wurde zwischen Grumbach und Orschau (Sowjetzone) gefunden. Der Abbau soll mit Kapital der landeseigenen Betriebe und dem Kohlenhandel zu gleichen Teilen sofort aufgenommen werden.

Verluste der Regierungstruppen

Athen. (Südena-AFP) Die kommunistische Presse hat am Samstagmorgen ein Kommuniqué des Generalstabes der demokratischen Armee veröffentlicht, in dem es heißt: „Im Laufe des Monats April und Mai haben die demokratischen Streitkräfte 101 Autos, 5 Tanks, 14 Waggons erbeutet oder vernichtet, 3 Flugzeuge wurden abgeschossen und 14 strategisch wichtige Punkte zerstört. Die Verluste der Regierungstruppen belaufen sich auf 3000 Tote, Verwundete und Gefangene.“

Soldaten für die US-Waffen

Athen (DAN). Die griechische Regierung hat mit Zustimmung Großbritanniens und der USA beschlossen, die Gesamtstärke der Armee durch Einberufung neuer Jahrgänge so weit zu erhöhen, daß sie dem von den USA gelieferten Kriegsmaterial entspricht.

Schicksal der „Exodus“-Emigranten

Marseille. (Südena-AFP) Die französischen Behörden haben genehmigt, daß die drei britischen Schiffe, die die 4500 Passagiere des von der englischen Marine aufgebracht jüdischen Auswandererschiffes „Exodus 1947“ an Bord haben, den Hafen Port de Bouc anlaufen. Die nötigen Vorkehrungen für Ausschiffung und Abtransport der Auswanderer nach den Aufnahmelagern und Krankenhäusern werden seitens der französischen Behörden getroffen.

Welt-Chronik

BELGRAD. Der Präsident der bulgarischen Republik, Dimitroff, traf zu Besprechungen über einen Freundschaftspakt zwischen Bulgarien und Jugoslawien ein.

LONDON. Zwei ehemalige deutsche Handelsschiffe wurden auf hoher See mit einer Ladung Gaseschosse versenkt. Seit September 1945 sind 12 Schiffe mit rund 72 330 Tonnen Gaseschossen versenkt worden.

DETROIT. 7000 Arbeiter eines Werkes sind in Streik getreten, weil ihre Gesellschaft es ablehnte, in den Kollektivvertrag eine Klausel aufzunehmen, die die Arbeiter gegen die Strafen des Taft-Hartley-Gesetzes gegen die Gewerkschaften schützen soll.

KAIRO. In Kürze soll eine amerikanische Militärkommission mit der Reorganisation der ägyptischen Armee auf moderner Grundlage beginnen.

PARIS. Außenminister Bidault unterzeichnete den französisch-argentinischen Handelsvertrag in Anwesenheit von Frau Peron.

WIEN. Der Kontrollrat für Oesterreich hat seine Zustimmung zum Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Bulgarien erteilt.

ANKARA. Der Oberbefehlshaber der britischen Flotte im Mittelmeer, der in Istanbul mit seinem Geschwader ankam, flog zu einem Empfang beim Präsidenten der türkischen Republik.

ANTWERPEN. Wegen Lohnstreitigkeiten legten tausend Schiffsarbeiter die Arbeit nieder. Der Streik der Dockarbeiter geht weiter.

In einem der letzten Prozesse gegen KZ-Verbrecher des KZ-Lagers Steyr in Oberösterreich, der in Dachau durchgeführt wurde, wurden auch mehrere ehem. SS-Führer und SS-Angehörige verurteilt. Einen von ihnen traf die Todesstrafe, mehrere von ihnen erhielten Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren. Für Verbrechen gegen die Menschlichkeit...!

Ich erinnere mich gut an jene Nacht des 7. Mai 1945, als auch ich mit einem Trupp meiner Flakabteilung in einem Orte bei Steyr die Nachricht von der Kapitulation bekam — und wir Stunden später für eben jene Nacht und bis zum nächsten Morgen in diesem KZ-Außenlager von Mauthausen festgesetzt wurden.

Wir waren also in einem Lager, in dem solche Verbrechen begangen worden waren. Wir kamen Stunden, nachdem die Häftlinge erst von den Amerikanern befreit worden waren. Es gab an jenem Abend keinen einzigen amerikanischen Soldaten — nur ausländische KZ-Häftlinge — die alle noch die Erinnerung an das ertragene Grauen und Elend frisch in sich trugen. Man kann nicht bestreiten, daß wir in dieser Lage gegenüber den Häftlingen nur eine einzige wirkliche Chance auf menschenwürdige Behandlung haben konnten: die nämlich, daß die Häftlinge trotz allem, was sie von der SS erlitten hatten, noch einen Teil Menschlichkeit in sich tragen würden! Und das besaßen sie auch wirklich noch — und so unterschieden sie sich von der deutschen SS!

Keinem einzigen von uns ist in jener Nacht in eben diesem Lager, dessen Führer jetzt in Dachau so verurteilt wurden, auch nur ein Haar gekrümmt worden. Wir bekamen Wasser und Zigaretten. Um 2 Uhr nachts das zu essen, was uns die Häftlinge aufgetrieben hatten — und wenn es auch nicht sauber war — so bekamen wir es doch aus der Menschlichkeit schändlich geschundener Häftlinge. Ich meinen Anteil von einem jungen lebendigen und gutmütigen Burschen aus Polen — der die letzten sechs Jahre seit seinem 16. Lebensjahr in den Lagern von Buchenwald, Sachsenhausen und Mauthausen zugebracht hatte! G. Venedey

Einladung für deutsche Parteivertreter

Hannover. Zu einer ersten offiziellen Besprechung zwischen deutschen Politikern und der britischen Regierung wurden von der britischen Handorn-Gesellschaft Vertreter aller Parteien der englischen Zone eingeladen. Es sind je 4 Vertreter der CDU und der SPD, sowie je 1 Vertreter der KPD und der FDP, des Zentrums und der NLP vorgesehen. Während der Tagung, die vom 4.—9. August stattfinden soll, ist ein offizieller Empfang durch das Unterhaus, sowie durch die britische Regierung vorgesehen.

SPORT

Bilanz der süddeutschen Oberliga Nürnberg ganz überlegen.

Der 1. FC Nürnberg hat mit 13 Punkten Vorsprung und einem Torverhältnis von 108:31 Toren in überlegener Weise die süddeutsche Meisterschaft errungen und damit an seine alte Tradition angeknüpft. Der 1. FC Nürnberg ist zweifellos mit seiner heutigen Spielstärke ein glänzender Repräsentant des deutschen Fußballsports, der im Kampfe mit anderen europäischen Fußballmannschaften sicherlich nicht schlecht bestehen würde. Eine großartige Leistung vollbrachte der Sportverein Waldhof, der mit 49 Punkten und einem Torverhältnis von 74:54 Toren den zweiten Platz in der Tabelle der süddeutschen Oberliga einnimmt. Die Waldhöfer standen im Februar noch an neunter Stelle der Tabelle und niemand hätte gedacht, daß der mehrmalige badische Meister noch die Leistung vollbringen könne, sich vor so ausgezeichnete Mannschaften wie 1860 München, Eintracht Frankfurt und VfB Stuttgart zu platzieren. Die alte Waldhof-Schule setzte sich aber schließlich durch und im Frühjahr eine Form, die ihnen den zweiten Platz unter den Spitzenvereinen Süddeutschlands sicherte. 1860 München galt zu Beginn der Spielzeit als ein sehr ernst zu nehmender Konkurrent für die Nürnberger, und die 1860er waren im Januar und Februar die einzige Mannschaft, die sich viermal lang ununterbrochen ohne Spielverlust waren. Dann kam die Krise der 1860er und jetzt stehen sie in der Tabelle sogar noch hinter Eintracht Frankfurt, die den dritten Platz trotz ihrer Niederlage im letzten Spiel gegen Aschaffenburg einnimmt.

Einen guten Platz erkämpften sich Kickers Offenbach die mit 43 Punkten und einem Torverhältnis von 78:38 Toren noch vor dem letztjährigen süddeutschen Meister an fünfter Stelle stehen. Der VfB Stuttgart hat in diesem Jahre längst nicht die Leistung gezeigt, die man von dem Titelverteidiger im vergangenen Jahre gewohnt war, und muß sich mit dem sechsten Platz in der Tabelle begnügen. Dicht dahinter mit nur einem Punkt Abstand folgen die Stuttgarter Kickers, die ihren Lokalrivalen sogar sehr sicher im Rückspiel schlagen konnten. Eine Mannschaft, die man zu Beginn des Jahres noch eine Chance zusprach, Schwaben Augsburg, ist in der zweiten Halbzeit sehr stark abgefallen. Sie wurde im Rückspiel sogar von ihrem absteigenden Lokalgegner FC Augsburg geschlagen und nimmt nur den achten Tabellenplatz ein. Schließlich haben sich Schweinfurt 05, die Spielvereinigung Fürth, Bayern München, die eine Zeitlang so prächtige Leistungen zeigten, VfR Mannheim, Uim 46, der Fußballsportverein Frankfurt und Neckarau die weitere Zugehörigkeit zur süddeutschen Oberliga erkämpft. Die beiden Karlsruher Vereine, Karlsruher Fußballverein und Phönix Karlsruhe, sowie FC Bamberg und FC Augsburg sind als die vier Tabellenletzten aus der süddeutschen Oberliga ausgeschieden.

Erstmals wieder: Nürnbergring

Das erste Nachkriegsrennen auf dem Nürnbergring wird nunmehr mit großzügiger Unterstützung der französischen Militärregierung am 17. August vom Motorsportverband Rheinland-Pfalz auf der neuhergerichteten Südschleife zur Durchführung gebracht. Da man an diesem Tage auf dem Nürnbergring einen Rekordbesuch erwartet, werden von Freiburg, Frankfurt a. M., Stuttgart, Duisburg u. a. Orten Sonderzüge eingesetzt. Außerdem gilt die offizielle Eintrittskarte zum Rennen als Grenzpassierschein zwischen den einzelnen Besatzungszonen.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel (in Urlaub) Verantwortlich i. V.: Gerhard Wohlirath

Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1, Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. Verlag: Südwest-Verlag - GmbH, (17b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 461, Fernruf 2207. Erscheint mittwochs u. freitags. - Bezugspreis monatlich 1.50 Mk. einsch. Trägerlohn. - Bezugspreis zuzügl. Bestellgeld. Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

Südbadische Fachvereinigungen als Arbeitgeberverbände?

Seit langem bestehen in Baden die sogenannten Fachvereinigungen für Industrie und Gewerbe. In Arbeiterkreisen wird die Frage aufgeworfen, ob diese den früheren Unternehmerverbänden gleichzustellen sind. In den Fachvereinigungen können laut Satzungen auch Arbeitnehmer aufgenommen werden, und sie sind in erster Linie Körperschaften zur Förderung des Fachnachwuchses, der beruflichen Schulung sowie durch ihre Fachkommissionen ein Hilfsorgan bei der Rohstoff- und Mangelwarenverteilung durch das Wirtschaftsministerium. Aber sie maßen sich heute bereits wieder die Rechte früherer Arbeitgeberverbände an und fühlen sich als Kontrahenten der Gewerkschaften. So geben sie seit einiger Zeit an ihre Mitglieder die Anweisung, mit den Betriebsräten keine Betriebsvereinbarung abzuschließen und weitere Direktiven abzuwarten. Die Betriebsräte und die Belegschaften sehen dieses Gebaren als eine illegale Maßnahme an, die den Fachvereinigungen in keiner Weise zukommt. Sie verlangen sofortige Unterbindung dieser Anmaßung.

Die Arbeitgeberverbände sind in unserer Zone nicht zugelassen. Die Arbeiter und die fortschrittlichen Kräfte unseres Landes werden alles tun müssen, um die Bildung von Arbeitgeberverbänden zu verhindern, denn diese waren es, die die Arbeitslosigkeit von 1927 bis 1933 verschuldeten. Sie waren die Schrittmacher des Nationalsozialismus, und konnten nicht schnell genug die Kriegsproduktion beginnen, um daraus ihren Nutzen zu ziehen. Auch die französischen Arbeiter haben dies erkannt und in zahlreichen Äußerungen französischer Gewerkschafter kam dies zum Ausdruck. Nur der Aufbau einer Bedarfsdeckungswirtschaft unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmer sichert die Existenz der breiten Massen, verhindert Krisen und Kriege.

Der zukünftige Tarifkontrakt der Gewerkschaften soll der Landeswirtschaftsrat sein, wobei der Abschluß von Tarifverträgen für

Gegen Konzerne und Kartelle

Das badische Wirtschaftsministerium gibt bekannt: Die badische Regierung benennt im Regierungsblatt Nr. 26 die Kreise der Wirtschaft, die durch die Verordnung Nr. 96 des Commandant en Chef Français en Allemagne zur Verhinderung jeder übermäßigen Machtanhäufung in der deutschen Wirtschaft vom 9. 6. 1947 betroffen werden. Dazu gehören Unternehmungen von bestimmter Größe, Konzerne, Trusts, sowie alle Vereinigungen, die den Zweck haben, die Unabhängigkeit der Einzelunternehmen ganz oder teilweise zu Gunsten eines gemeinsamen Erwerbszweckes aufzuheben, ferner alle Ueber-einkommen auf dem Gebiete des Handels, der Industrie, und der Finanz, die zum Ziele haben, die Konkurrenz irgend welchen Beschränkungen oder Vorschriften zu unterwerfen.

Es war einem beschränkten Personenkreis, der über große Kapitalien verfügte möglich, auf die politische Orientierung Deutschlands Einfluß zu nehmen und die Vorbereitung und Führung des Krieges zu begünstigen. Eine solche Machtanhäufung vertritt sich nicht mit den demokratischen Grundsätzen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind und die Grundlage für den Wiederaufbau der Wirtschaft und Politik Deutschlands bilden. Unter diesen Umständen wurden von den alliierten Nationen gesetzliche Maßnahmen ergriffen, die es erlauben, übermäßige Machtanhäufung in der deutschen Wirtschaft, ganz gleich in welcher Form, zu verbieten.

Die Frist für die Meldungen an die Handelskammern ist auf den 31. Juli festgesetzt; im Falle der Nichtbeachtung ist Bestrafung zu gewärtigen.

Film-Festwoche in Freiburg

Französische Spitzenfilme

In Freiburg bietet sich zur Zeit die Gelegenheit, im Rahmen einer Französischen Filmfestwoche eine Reihe französischer Spitzenfilme kennen zu lernen. Einer der besten, wenn nicht überhaupt der beste französische Film aus den letzten Jahren fehlt in dieser Schau; aber man hat Marcel Carnés meisterliche Schöpfung „Les Enfants du Paradis“ unter dem Titel „Die Kinder des Olymp“ bereits vor einigen Wochen dem Freiburger Publikum gezeigt. Es läßt sich also durchaus rechtfertigen, in diesem Zusammenhang auch auf diese Filmschöpfung einzugehen. Der Film wird aus praktischen Gründen (seines ungewöhnlichen Umfangs halber) in zwei Teilen vorgeführt, und daran wird sich schwer etwas ändern lassen; zweifellos verliert dadurch der zweite Teil etwas. Es handelt sich um den Aufstieg zweier Darsteller, des Schauspielers Frédéric Lemaître und des Pantomimen Debureau, aus den Niederungen des Rummelplatz-Theaters zu den Gipfeln großer Bühnenkunst. Beide sind übrigens historische Figuren; man kann über sie einiges in Heines Pariser Briefen an August Lewald (1837) nachlesen. Um die beiden herum entrollt sich ein buntbewegtes, figuresreiches Bild, das mit seinen Mimen und Actrizen, seinen Grafen und Gaunern, seinen Kourtsanen und Mördern, seinen grellen Kontrasten und seinen fast lyrischen Zwischenstücken, seinen Hintergründigkeiten und seinem funkelnden Witz den Schatten Balzacs heraufbeschwört. Die Welt des Scheins weitet sich zur Wirklichkeit, das Leben wird zur Komödie; eines überschneidet, verknüpft, vermengt sich mit dem andern. Marcel Carné dirigiert die Massen, die er in Bewegung gesetzt, mit ebensoviel Geschmack wie Sicherheit, und er führt die ausgezeichneten Darsteller, denen die tragenden Rollen anvertraut sind, mit der zaubernd aussehenden Arletty, Barrault und

die einzelnen Industriegruppen durch einen vom Landeswirtschaftsrat gebildeten Sozialausschuß erfolgen kann.

Io der Badischen Verfassung ist die Koalitionsfreiheit festgelegt und durch die Bildung von Fachvereinigungen und Gewerkschaften bereits realisiert. Die Gewerkschaften sprachen sich damals klar und deutlich gegen die Unternehmerverbände aus, und sie sind mit dieser Forderung nicht allein. Die schaffenden Bauern wollen so wenig wie wir den alten Weg vor 1933 beschreiten. Sie erinnern sich noch sehr gut an die Zeit, in der die Preise ihrer Produkte weit unter die Produktionskosten fielen. Die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Bauern müssen gemeinsam verteidigt werden. Ein kleiner Teil der Werktätigen hat die Gefahren, die sich aus dem Bestand der Arbeitgeberverbände ergeben, noch nicht genügend erkannt,

Wer ist Friedrich Flick?

Ein 63jähriger Mann steht heute vor den Schranken des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg: Dr. Friedrich Flick. Für die öffentliche Meinung mag er bisher nur einer der vielen Monopolkapitalisten gewesen sein, deren verbrecherisches Handeln Deutschland und die Welt in namenloses Elend gestürzt hat. Tatsächlich unterscheidet sich Friedrich Flick aber wesentlich von seinen Mitschuldigen. Während die anderen Industriebeherrscher waren, ist Flick der Typ des anonymen Kapitalhändlers schlechthin. Aus dem Sumpf der deutschen Inflation tauchte er auf und im Zusammenbruch des nazistischen kapitalistischen Ausbeutungssystems stürzt er in das Nichts zurück, aus dem er gekommen ist. Flick ist nicht Industrieller oder Großbankier, sondern nichts anderes als ein Börsenspekulant größten Stils, der stets im Dunkeln blieb, ein für die Öffentlichkeit nicht existierender Mann, der in seinem Arbeitszimmer in der Bellevuestraße in Berlin zehn Stunden im Tage saß, um aus einem von ihm selbst geschaffenen statistischen Erhebungssystem die Gewinne seiner Beteiligungen zu errechnen. Ihm ging es nicht um industrielle Produktion, sondern er handelte mit Industrien und Industriekonzerne, kaufte und verkaufte und investierte die Gewinne als neue Kapitalien. Seine Handelsdomäne war der Markt der Montan- und Stahlindustriewerte.

Durch das Gewerbe seines Vaters, eines Siegerländer Grubenholzhändlers, kommt Friedrich Flick schon früh mit dem Bergbau seiner Heimat und mit dem Prinzip des Händlerischen in enge Fühlung. Er beginnt seine Laufbahn in der Bergbaubranche, kommt in leitende Stellungen und wird schließlich 1915 Generaldirektor der Charlottenhütte A. G. in Niederscheldchen (Kreis Siegen). Damit hat er den Ausgangspunkt seiner Tätigkeit als „Konzernhändler“ gewonnen. 1920 führt er seine erste große Transaktion durch. Als Beherrscher der ober-schlesischen Bismarckhütte löst er aus deren Verband die von der Bismarckhütte einige Zeit vorher erworbenen Westfälischen Stahlwerke wieder heraus, und bringt sie in die Charlottenhütte ein. Kurze Zeit später aber verkauft er sie wieder mit einem Riesengewinn. Sein Hauptschlag ist seine Stahltraktion. Flick besaß ein Riesenaktienpaket der Gelsenkirchener Bergwerks A. G., der Hauptaktionärin des Stahltrasts. In der schweren Wirtschaftskrise des Jahres 1931 war der Stahltrast ins Wanken gekommen. Flick nutzte das aus, und ließ durch einen Gewährsmann das Gerücht verbreiten, daß er beabsichtige, seine Großbeteiligung durch seine Verbindungen zu Schneider-Creuzot nach Frankreich abzustößen. Dieses Gerücht rief das Reich auf den Plan, und man zahlte

und glaubt, daß „Arbeitgeberverbände ohne Syndici“ den Forderungen der Zeit gerecht werden. Wie sieht es aber in der Praxis aus? Sie haben genau wie früher ihre Rechtsberater. Ihre wirtschaftliche Macht wollen sie durch die Ablehnung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte und Gewerkschaften festigen. Ihre Taktik liegt in der Verschleppung der Abschlüsse von Betriebsvereinbarungen, weil man in südbadischen Unternehmerkreisen auf die Unterstützung von Seiten der reaktionären Kräfte hofft, und darauf im Badischen Landtag eine Mehrheit für die Schaffung von Gesetzen zu erhalten, welche ihren Interessen dienen.

Die badischen Arbeiter können hier nicht untätig zusehen und die schaffenden Bauern dürfen nicht mitschuldig an dieser folgenschweren Entwicklung werden.

Herrn Flick für die Gelsenkirchener Aktie, die damals einen Börsenkurs von rund 20 hatte, den Preis von 90! Damit hatte er aus dem schwerkranken Körper der deutschen Volkswirtschaft einen Riesengewinn von rund 100 Millionen Mark herausgepreßt, den er sofort in anderen Stahlbeteiligungen anlegte. Er war zum anonymen Beherrscher des Stahltrasts der Vereinigten Stahlwerke A. G. geworden, und kontrollierte auf diese Weise mit einem Aktienpaket der Gelsenkirchener Bergwerks A. G. von 110 Millionen Mark und durch deren und seine eigenen Beteiligungen an den übrigen Monopolkonzernen der Montan- und Stahlindustrie das 775 Millionen betragende Aktienkapital des Stahltrasts.

Außer diesen kontrollierenden Beteiligungen besaß Flick seine eigene Hausmacht, den Friedrich Flickkonzern, der nach außen aber nicht weiter in Erscheinung trat. Nur ein einziges Unternehmen trägt seinen Namen, die Mitteldeutschen Stahl- und Walzwerke Friedrich Flick Komm. Ges. in Brandenburg. Außerlich erscheint das Unternehmen wohl als Fabrikationsbetrieb, tatsächlich ist es die Kapitalverwaltungsgesellschaft dieses „stillen“ Konzerns, der — nach bisheriger Kenntnis — 20 Großunternehmen umfaßt, die durch Querverbindungen wieder in sich verschachtelt waren. Tatsächlich dürften es aber gegen 300 Unternehmen verschiedener Größe und Bedeutung gewesen sein, welche Flick als Spekulationsobjekte dienten, und die in spekulativ wechselnder Zusammensetzung den geheimnisvollen Flickkonzern darstellten. Flick suchte seine Machtinteressen vor allem in den Industriezweigen des Steinkohlenbergbaus, des Braunkohlenbergbaus, der Stahlherzeugung und des Stahlhandels, des Erzbergbaus und im Fahrzeug- und Maschinenbau. Während des Krieges dehnte er seine Ausbeutungstätigkeit natürlich mit besonderer Vorliebe auf die besetzten Gebiete aus, und die dabei begangenen Verbrechen haben ihn nun auf die Anklagebank gebracht.

Der Fall Flick ist das typischste Beispiel für die Auswirkungen des Monopolkapitalismus in seiner höchsten und gefährlichsten Phase. Flick ist wohl Deutscher aber als typischer Vertreter des imperialistischen Kapitalismus eine internationale Erscheinung. Die Aufdeckung dieser Kapitalverflechtungen zeigt die tödliche Gefahr, in der sich die heutige Wirtschaft befindet, wenn es nicht gelingt, die fortschreitende Konzentration des Monopolkapitals aufzuhalten, und die Wirtschaft in ein anderes System überzuführen, das die Produktionsgüter in die Hände der Werktätigen gibt, und ausschließlich von der Seite des Güterbedarfs aus leitet.

mer von Ironie gegenüber den Wundern und eine gewisse Scheu, die das Tempo gelegentlich verzögert. Das wird freilich aufgewogen durch eine Fülle witziger Filmeinfälle und geistreicher Dialog-Arbesken. Wunderschön sind die Bilder; man blättert in der Tat in einem großen Märchenbilderbuch und nimmt am Schluß ungenert Abschied von der ebenso schönen wie tugendreichen Josette Day und dem Gottseidank, aus dem bedauerndsten Werwolf-Scheusal in prinzipielle Gestalt entzauberten Jean Marais. Alles in allem: der erfolgreiche Versuch einer Film-Dichtung.

Auf einem ganz anderen Boden ist der „Martin Roumagnac“ gewachsen. Der Vorwurf ist weder neu, noch originell. Braver Handwerker, gleißende Verführerin. Er verfängt sich in den Schlingen der Schlange, verliert sich, Sehend geworden, erwürgt er das schöne „Luder“, ohne allerdings zu ahnen, daß sie gerade eben so etwas wie eine trotz allem schöne Seele manifestiert hat. Tragik oder nur Pech? An diesen trivialen Stoff ist eine Fülle von filmischem und darstellerischem Können gewandt worden. Der brave Mann, der zum Mörder wird, ist, in breiter Robustheit, Jean Gabin; als Verführerin betätigt sich Marlene Dietrich. Sie ist immer noch die reizende Sünderin, die einst im Blauen Engel das Schicksal des Professors Unrat war, die wir dann als Hollywood-Star in amerikanischen Filmen sahen, und die nun uns einmal „auf französisch“ kommt. (Übrigens an sich schon eine Leistung: in drei Sprachen gleich zaubernd zu sein!). Darstellerisch ist die Dietrich mit den Jahren immer besser geworden: der deutsche Film hat viel an ihr verloren.

Zweifellos sind diese drei Filme dazu ange-tan, Respekt vor der Leistungshöhe des französischen Filmschaffen zu wecken. Daß gerade diese drei sich in Bahnen bewegen, die abseits der Probleme, insbesondere der sozialen Probleme, unserer Zeit liegen, besagt an sich noch nichts — wir sind überzeugt, daß wir fran-

Bäuerlicher Scheinwohlstand

Euer jetziger Wohlstand ist ein Scheinwohlstand, geboren aus dem Zusammenbruch und der Not der Zeit! So ermahnte der Landrat von Dresden die sächsische Bauernschaft. Er erinnerte daran, daß schon nach dem ersten Weltkrieg die Städter alle erdenklichen Mangelwaren zum Tausch gegen die dringend notwendigen Lebensmittel auf Land brachten. Dieser Scheinwohlstand aber habe ihre spätere Verschuldung nicht verhindern können. Daraus hätten heute viele Bauern gelernt und die Erfordernisse der Zeit erkannt. Aber es gebe noch eine große Zahl Bauern, welche in verblendeter Raffgier scheinbar wertvolle Sachgüter aus der städtischen Bevölkerung herauspressen. Diesen Bauern gelte unser Kampf.

Dies trifft auch für Südbaden zu! In erster Linie sind die anständigen und fortschrittlichen Bauern berufen, diesen Schädlingen in ihren Reihen schärfsten Kampf anzusagen. Was soll der hungernde Arbeiter dazu sagen, wenn Bauern erklären, sie hätten schon eine Anzahl Radioapparate, mehrere Wäscheausstattungen, mehr Schuhe, als sie in Jahren benötigten, Anzüge und vieles mehr gegen Lebensmittel erhalten! Oder ein Bauer sagt: „Bringen Sie mir dies oder das, was ich noch gern hätte, dann können Sie auch einmal Lebensmittel holen!“ Oder ein Bauer hat sein Soll an Kir-schen erfüllt und weist eine Familienmutter, die sich ein paar Kilo Kirschen erbittet, ab! Warum? Weil er die Kirschen „einschlägt“ und natürlich am Kirschwasser mehr verdient als an den frischen Kirschen. Und umso mehr, je länger es lagert. Der anständige Bauer aber hat genau so wenig wie der Arbeiter.

Man kann Verständnis haben, wenn der Bauer sich auf dem Wege des Tausches produktions-wichtige Güter beschafft, die er infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs nicht auf normale Wege kaufen, und ohne die er seinen Betrieb nicht aufrechterhalten kann. Die oben geschilderte Ausbeutung der Not der arbeitenden Bevölkerung aber ist ein Verbrechen, und Bauern, die so handeln, sind nicht besser als jeder gemeine Verbrecher.

Wir wissen, daß die einsichtigen und fortschrittlichen Kräfte in der Bauernschaft überwiegen, und daß die Schädlinge Elemente sind, die auch die Schande anderer Berufszweige aus-machen, seien es Einzelhändler, Handwerker oder Fabrikanten. Die Arbeiter erwarten darum von den mit ihnen Hand in Hand arbeitenden Bauern, daß sie in der Landwirtschaft Ordnung schaffen. Dann wird die Kluft zwischen Stadt und Land überbrückt und schließlich ganz geschlossen. Die Arbeiterschaft lehnt es ab, auf dem Land den Büttel zu machen. Sie fordern für die Bauern die Selbstverwaltung in Anbau und Erfassung, aber sie fordern auch vom Bauern die volle Verantwortung für die Ernährung der Werktätigen im Rahmen des äußerst Möglichen!

Reaktion gegen Arbeiter in Südbaden

Furtwangen. Hier lehnten einige Metall-industrielle die von den Betriebsräten mit Unterstützung der Gewerkschaften einge-brachten Betriebsvereinbarungen ab.

Neustadt. In der Papierfabrik Neustadt (Schw.), deren Besitzer der Fürst von Fürstenberg ist (fällt unter Gesetz Nr. 52), finden zur Zeit Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung statt. Nach dem bereits zwei Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, ist auf kommende Woche ein neuer Termin angesetzt.

Kinderarbeit in USA

New York. Die Zahl der Minderjährigen unter 16 Jahren, die entgegen den gesetzlichen Bestimmungen in den USA beschäftigt werden, ist gegenüber 1945 im Jahre 1946 um 15 Prozent gestiegen.

zösische Filme kennen lernen werden, die sich auch mit diesen Dingen beschäftigen. Zu wünschen ist, daß in Zukunft auch die Lichtspiel-theater kleinerer badischer Städte es sich angelegen sein lassen, ihren Besuchern öfter als bisher französische Spitzenfilme vorzuführen. Eine Hebung des Niveaus unserer Lichtspieltheater scheint dringend notwendig. Denn auch der Ehrgeiz unserer Kinobesitzer sollte von der Erkenntnis beflügelt sein, daß dem Film kulturelle Aufgaben zugewiesen sind. Und dabei sei am Rande bemerkt, daß neben den französischen Spitzenfilmen ja schließlich auch eine so bemerkenswerte Schöpfung wie der deutsche Nachkriegsfilm „Die Mörder sind unter uns“ seinen Weg durch die badischen Filmtheater in einem etwas beschleunigteren Tempo nehmen könnte.

Hanns Adam Faerber

Notizen

Der erste Filmautorenkongress, der Schriftsteller aller Zonen vereinigte, fand in Berlin statt. Die Zusammenkunft führte, wie Direktor Lindemann von der DEFA in einem Schlußwort betonte, zu positiven Ergebnissen, die sich später offenbaren würden. Daß Deutschland auf dem Wege sei, sich wieder am Filmschaffen der Welt zu beteiligen, zeige die Tatsache, daß DEFA-Filme (wie „Die Mörder sind unter uns“) bereits von mehr als 15 Ländern zur Aufführung erworben worden seien. Bekanntlich haben die amerikanischen Filmproduzenten gegen die Ausfuhr deutscher Filme Einspruch erhoben.

Französisch-deutsch-italienische Zusammenarbeit bei der DEFA. Der italienische Filmproduzent Roberto Rossellini, der Schöpfer des Films „Offene Stadt“, hat mit der DEFA ein Abkommen abgeschlossen, demzufolge seine Firma, die italienisch-französische Filmproduktion „Universalia“, mit dem künstlerischen und technischen Stab der DEFA den Film „Das Jahr Null“ in Berlin herstellt. Der Film hat das heutige Leben Berlins zum Thema.

Luise Ulrich, die bekannte Filmschauspielerin, hat ein südamerikanisches Tagebuch geschrieben, das der Verlag Kurt Desch-München herausgibt. Das Buch wird den Titel „Sehnsucht, wohin führt du mich“ tragen und mit Illustrationen der Verfasserin versehen sein.

Von der Einnahme Berlins wird unter der Regie Michael Schchlaureis ein Dokumentarfilm fertiggestellt.

